29. Januar 2026
#3 / 2026

iwd

ISSN 0344-919X | *Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* | G 4120

Gemeinsam stark

Mercosur. Freihandel statt Protektionismus – durch das Handelsabkommen mit den Mercosurstaaten will die EU ihren Willen zur internationalen Zusammenarbeit bekräftigen. Sollte das EU-Parlament dem Vertrag nach der rechtlichen Prüfung durch den Europäischen Gerichtshof zustimmen, entstünde eine der größten Freihandelszonen der Welt. Warum sowohl Unternehmen als auch Verbraucher von der Übereinkunft profitieren würden, erklärt IW-Außenhandelsexpertin Samina Sultan im iwd-Interview. → *Seiten 2–4*

Fachkräfte
Die Zahl der berufstätigen Frauen in Deutschland ist zuletzt stark gestiegen. Strukturelle Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung gegenüber Männern bleiben jedoch.
→ *Seiten 6–7*

Gesellschaft
Die große Mehrheit der Bundesbürger ist offen für den klimaneutralen Industrieumbau – selbst dann, wenn Maßnahmen im direkten Wohnumfeld erforderlich sind.
→ *Seiten 14–15*

Weitere Themen +++ Europäische Union +++ Exporte +++ Arbeitsmarkt +++ Zuwanderung +++
Top-Liste: Grüner Strom +++ Zahl der Woche: Fitnessstudios

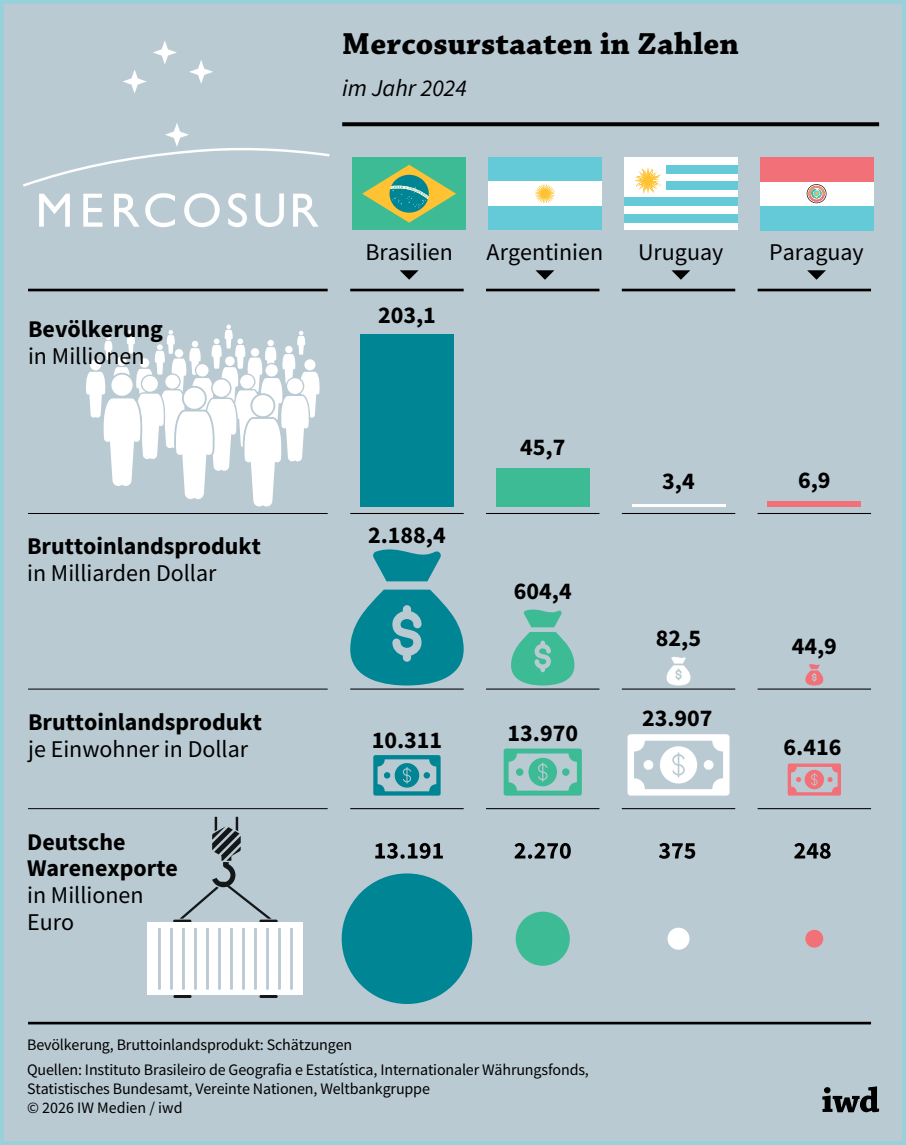
Neue Partner für freien Handel

Mercosur. *Durch das Handelsabkommen zwischen der EU und den vier lateinamerikanischen Ländern Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay würde eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen. Damit würde sich die EU unter anderem eine bessere Versorgung mit kritischen Rohstoffen sichern und so ihre Abhängigkeit von China reduzieren. Wann das Abkommen in Kraft tritt, ist aber noch offen.*

Das Mercosur-Freihandelsabkommen, das EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Mitte Januar in Paraguay unterzeichnet hat – und dem das EU-Parlament nach der nun veranlassten Rechtsprüfung durch den Europäischen Gerichtshof noch zustimmen muss –, ist ein lang ersehnter Vertrag: Unglaubliche 26 Jahre wurde verhandelt. Die Skeptiker – allen voran die Bauern in der EU – haben sich auf den letzten Metern noch Vorteile und zusätzliche Schutzmaßnahmen gesichert, bevor es endlich zu einer Einigung kam. Dennoch wäre das Mercosurabkommen, wenn es das EU-Parlament denn billigt, ein Erfolg – schließlich entstünde damit eine der größten Freihandelszonen der Welt:

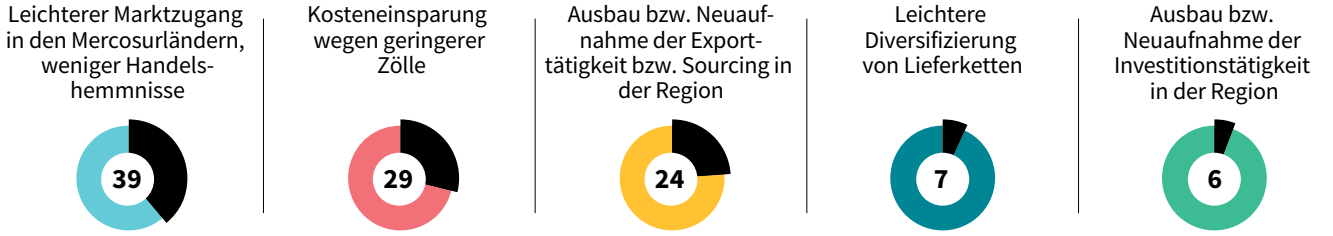
Die 27 EU-Staaten sowie Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay haben zusammen mehr als 715 Millionen Einwohner und erwirtschaften mit jährlich fast 21 Billionen Dollar ein Viertel der globalen Wirtschaftsleistung.

Beide Seiten des Atlantiks dürften infolge des Abkommens von sinkenden oder gar wegfallenden Zöllen und dem Abbau weiterer Handelshemmnisse profitieren. So kam eine Studie im Auftrag des EU-Parlaments im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis, dass die gesamte Wirtschaft in der EU infolge des Mercosurvertrags langfristig um jährlich 0,1 Prozent zusätzlich wachsen wird. Die EU-Kommission geht zudem davon aus, dass die Agrar- und Lebensmittelexporte aus der EU in die vier lateinamerikanischen Staaten dank des Abkommens perspektivisch um 50 Prozent steigen. Und in den



Mercosur-Freihandelsabkommen: Das versprechen sich die Unternehmen

So viel Prozent der deutschen Unternehmen, die von positiven Effekten aufgrund eines Mercosur-Freihandelsabkommens ausgehen, denken, dass sich das Abkommen auf ihre Geschäftstätigkeit vor Ort folgendermaßen auswirken würde



Mehrfachnennungen
Befragung von knapp 2.600 auslandsaktiven Unternehmen in Deutschland zwischen dem 24. Februar und 7. März 2025
Quelle: Deutsche Industrie- und Handelskammer
© 2026 IW Medien / iwd

Mercosurstaaten selbst dürfte das Bruttoinlandsprodukt laut EU-Parlament infolge des regeren Handels mit den EU-Ländern nach der vollständigen Umsetzung des Freihandelsvertrags um jährlich 0,3 Prozent zusätzlich steigen.

Zu den wichtigsten Exportwaren der EU in die Mercosurstaaten zählen Maschinen (22 Prozent), chemische Erzeugnisse (14 Prozent), Medikamente (12 Prozent) sowie Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile (9 Prozent), also Waren von hoher Verarbeitungsstufe. Die lateinamerikanischen Länder verkaufen an die EU-Staaten überwiegend Bodenschätze – so ist Brasilien der weltweit größte Produzent von Niob, einem Metall, das in Solarzellen zum Einsatz kommt – sowie landwirtschaftliche Produkte, darunter jährlich rund 200.000 Tonnen Rindfleisch. Außerdem hofft die EU, sich mithilfe des Abkommens bei der Beschaffung von kritischen Rohstoffen unabhängiger von China zu machen, da die Länder in Südamerika über bedeutende Vorkommen verfügen.

Deutschland ist unter den EU-Ländern der wichtigste Handelspartner für die Mercosurstaaten (Grafik Seite 2):

Im Jahr 2024 exportierte die Bundesrepublik Waren im Wert von mehr als 16 Milliarden Euro in die vier lateinamerikanischen Staaten; Italien kam auf Ausfuhren von gut 8 Milliarden Euro, Frankreich führte Güter für rund 6 Milliarden Euro aus.

Das geringere Handelsvolumen dürfte einer der Gründe sein, warum sich Frankreich – wie auch Polen, Ungarn, Irland und Österreich – gegen das Abkommen ausgesprochen hat. Für das Zustandekommen wurde aber im Europäischen Rat nur eine qualifizierte Mehrheit benötigt. Ein anderer Grund sind die heimischen Bauern. Sie fürchten, dass ihnen die weniger streng regulierten Landwirte Südamerikas, die in ihrer oftmals industriell aufgestellten Produktion viel Hightech und künstliche Intelligenz nutzen, das Leben schwer machen könnten.

Um die europäischen Landwirte zu schützen, begrenzt der Mercosurvertrag den Marktzugang für einige lateinamerikanische Agrarprodukte in der EU. So reglementieren beispielsweise Quoten den Import von Rindfleisch, Geflügel, Zucker, Honig und Ethanol in die EU. Laut Vertragswerk dürfen die Mercosurstaaten jährlich nur 99.000 Tonnen Rindfleisch zum Zollsatz von 7,5 Prozent in die EU einführen, aktuell liegt der Zolltarif für Rindfleisch aus dieser Region bei 60 Prozent. Zusätzlich gibt es eine bilaterale Schutzklausel sowie einen Krisenfonds von 6,3 Milliarden Euro für den Fall, dass zu viele landwirtschaftliche Importe aus Lateinamerika europäische Bauern ernsthaft gefährden.

Und was erwarten die deutschen Unternehmen vom Freihandelsabkommen? Laut einer im vergangenen Jahr durchgeführten Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer unter rund 2.600 auslandsaktiven Betrieben geht knapp ein Drittel von ihnen von positiven Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit aus. Rund zwei Drittel erwarten keine Auswirkungen, 2 Prozent negative Effekte.

Drei von zehn der optimistisch gestimmten Firmen hoffen auf Einsparungen aufgrund niedrigerer Zollsätze mit den Mercosurstaaten, noch mehr setzen darauf, von der Marktöffnung zu profitieren (Grafik):

Vier von zehn deutschen Unternehmen, die mit dem Freihandelsabkommen positive Erwartungen verknüpfen, gehen davon aus, dass es dadurch leichter wird, mit den Mercosurstaaten ins Geschäft zu kommen.

Ein Viertel der Unternehmen, die mit dem Abkommen positive Folgen verknüpfen, plant bei Inkrafttreten sogar den Ausbau oder die Neuaufnahme von Geschäftsaktivitäten in den lateinamerikanischen Ländern.

Interview. *Noch ist der Handel Deutschlands mit den vier lateinamerikanischen Ländern Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay nicht sonderlich intensiv, doch das Freihandelsabkommen mit dem Mercosur dürfte den Warenaustausch intensivieren. Davon würden auch die Verbraucher profitieren, sagt IW-Außenhandelsexpertin* ***Samina Sultan.***

Foto: IW Medien

„Mit dem Abkommen hätten wir in den Mercosurstaaten einen enormen Vorteil“

Der Handel mit den Mercosurstaaten macht nur 1 Prozent des deutschen Handelsvolumens aus. Warum wäre das Abkommen trotzdem ein Gewinn für die heimische Wirtschaft?

Das niedrige Handelsvolumen spiegelt auch die im Moment noch teils recht hohen Handelshürden wider – und die würden wegfallen mit dem Abkommen. Insbesondere die Automobilwirtschaft oder der Maschinenbau erwarten, dass ihre Exporte in die Mercosurstaaten steigen würden. In beiden Branchen sind die Exporte durch die Zölle der USA und die chinesische Handelspolitik stark unter Druck, daher ist das Mercosurabkommen wichtig.

Es gibt lange Übergangsfristen für Zölle und andere Handelshemmnisse. Die Autozölle sinken über einen Zeitraum von 15 Jahren, bei E- und Hybridautos sind es sogar 18 Jahre. Wieso ist das so?

So lange Übergangsfristen sind völlig normal. Sie sind auch eine Absicherung gegen die Sorge, mit Importen aus der jeweils anderen Region überschwemmt zu werden. Zu beachten ist aber: Sobald das Abkommen in Kraft tritt, sinkt der Zollsatz für E-Autos unmittelbar von 35 auf 25 Prozent. Wir hätten in den Mercosurstaaten dann im Vergleich zu China, das stark auf diesen Markt drängt, direkt einen klaren Vorteil von 10 Prozentpunkten. Und das ist ja erst der Anfang, denn der Zollsatz für europäische E- und Hybridfahrzeuge würde sich über 18 Jahre weiter abbauen.

In vielen EU-Ländern protestieren Landwirte gegen das Freihandelsabkommen. Dabei wurden ihnen besonders viele Schutzmechanismen gewährt. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht erscheint es unlogisch, warum die EU-Agrarlobby immer wieder so erfolgreich ihre Interessen durchsetzen kann, wenn man bedenkt, wie wenig die Landwirtschaft zur Wirtschaftsleistung in der EU beiträgt. Ich glaube, es hängt damit zusammen, dass wir alle Konsumenten der Landwirtschaftsbranche sind, indem wir täglich Lebensmittel essen, und dass Ernährung generell ein höchst emotionales Thema ist. Aufgrund dessen schafft es die Landwirtschaft besser als andere Branchen, ihre Interessen durchzusetzen.

Dabei haben wir als Verbraucherinnen und Verbraucher ja große Vorteile durch das Abkommen, denn die Preise für viele Lebensmittel dürften sinken, auch die Produktvielfalt dürfte zunehmen.

Das Mercosurabkommen besteht aus zwei Teilen – einem Handelsteil und einem Politikteil. Ist das üblich?

Ja, weil man so umgeht, dass ein einzelner EU-Staat ein komplettes Abkommen blockiert. Denn die Kompetenz für die Handelspolitik liegt in Brüssel. Für das Zustandekommen des Handelsteils des Abkommens reicht somit eine qualifizierte Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten im EU-Rat und die Zustimmung des EU-Parlaments.

Tatsächlich steht die Zustimmung der EU-Parlamentarier zum Mercosurabkommen noch aus.

Es ist ein großer Rückschlag, dass die Parlamentarier den Vertrag zur Prüfung an den Europäischen Gerichtshof gegeben haben. Man kann nur hoffen, dass das Abkommen daran nicht doch noch scheitert.

Digitale Spielregeln

Europäische Union. *Auch um ihre digitale Souveränität zu sichern, hat die EU 2022 den Digital Services Act (DSA) und den Digital Markets Act (DMA) erlassen. Dass es die Staatengemeinschaft damit ernst meint, musste unlängst X erfahren, das eine hohe Strafe für Verstöße zahlen muss.*

Fairer Wettbewerb und der Schutz jedes Einzelnen sind Grundpfeiler der europäischen Wirtschaftspolitik. Um dies auch im digitalen Raum zu gewährleisten, hat die EU im Jahr 2022 neue Regeln aufgestellt:

Der Digital Services Act verpflichtet große Online-Plattformen dazu, illegale Inhalte schneller zu entfernen sowie Algorithmen und Werbung transparenter zu kennzeichnen.

Der DSA gilt für Plattformen mit mindestens 45 Millionen monatlich aktiven Nutzern in Europa. Verstöße können Strafen von bis zu 6 Prozent des Jahresumsatzes nach sich ziehen.

Ergänzt wird der DSA durch den Digital Markets Act. Dieser richtet sich an sogenannte Gatekeeper, also Marktteilnehmer, die (mit-)entscheiden können, welche Informationen und Dienste für alle zugänglich sind und welche nicht. Betroffen von der Regelung sind Suchmaschinen, App Stores oder Messenger. Die Betreiber müssen sich an Vorgaben halten, damit ihre ohnehin große Marktmacht nicht weiterwächst, es einen fairen Wettbewerb gibt und Konsumenten mehr Möglichkeiten haben, zwischen verschiedenen Angeboten zu wählen.

Und die EU meint es ernst: Gegen X – vorher bekannt als Twitter – verhängte sie wegen Verstößen gegen den DSA unlängst eine Geldstrafe von 120 Millionen Euro. Weitere Verfahren gegen andere Konzerne laufen. Die beiden Regulierungen diskriminieren dabei nicht – wie von US-Präsident Donald Trump behauptet – amerikanische Unternehmen, sondern helfen der EU, ihre digitale Souveränität zu sichern. Sie gelten für Firmen aus allen Ländern (Grafik):

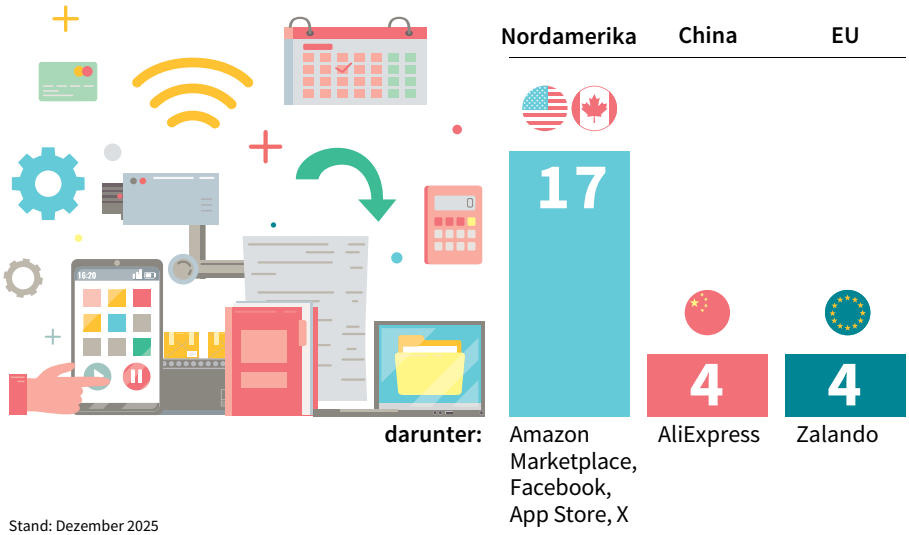
Von DSA und DMA sind aktuell 25 Unternehmen betroffen – 16 haben ihren Hauptsitz in den USA, jeweils vier in der EU und in China und eines in Kanada.

Für Firmen bedeuten DSA und DMA mehr Verantwortung, aber auch mehr Vertrauen in einen Markt mit klaren Regeln. Die Nutzer genießen indes mehr Sicherheit, Wahlfreiheit und Schutz ihrer Daten. DSA und DMA sind damit Teil eines Fundaments für Europas digitale Zukunft. Und sie zeigen, für welche Werte die EU eintritt: Der digitale Binnenmarkt soll transparent, sicher und wettbewerbsfähig bleiben.

EU reguliert die digitale Welt

Der Digital Services Act (DSA) verpflichtet digitale Plattformen, illegale Inhalte schneller zu entfernen und Transparenz über Algorithmen und Werbung herzustellen. Der Digital Markets Act (DMA) ergänzt den DSA und richtet sich an sogenannte Gatekeeper – zentrale Plattformen wie Suchmaschinen, App Stores oder Messenger. Er soll den fairen Wettbewerb in den betroffenen Märkten gewährleisten. Bei Verstoß drohen hohe Geldstrafen. DSA und DMA gelten für Plattformen oder Suchmaschinen mit monatlich mehr als 45 Millionen Nutzern in der EU.

So viele Plattformen und Suchmaschinen mit Hauptsitz in diesen Ländern und Regionen sind von den Richtlinien DSA und DMA betroffen



Stand: Dezember 2025

Quelle: EU-Kommission

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Frauen können mehr

Fachkräfte. *In den vergangenen Jahren ist die Zahl der berufstätigen Frauen in Deutschland stark gestiegen. Allerdings hat sich an den strukturellen Unterschieden in der Erwerbsbeteiligung zwischen Männern und Frauen kaum etwas geändert. Nach wie vor arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit oder in Jobs, für die sie formal überqualifiziert sind.*

Das Beschäftigungswachstum in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren ist beeindruckend: Im Jahr 2024 gingen etwa 46 Millionen Menschen in der Bundesrepublik einer Erwerbstätigkeit nach – so viele wie noch nie. Ein Großteil dieser Erwerbstätigen – annähernd 33,5 Millionen Menschen – hatte 2024 zudem einen sozialversicherungspflichtigen Job, auch dies ein Höchstwert.

In absoluten Zahlen trugen seit 2014 beide Geschlechter etwa gleich viel zum deutschen Jobwunder bei: Im Jahr 2024 waren jeweils knapp 2,5 Millionen Frauen und Männer mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als zehn Jahre zuvor. Dabei vollzog sich das Beschäftigungsplus von Männern und Frauen nicht synchron, denn Frauen verzeichneten besonders in höher qualifizierten Tätigkeiten einen starken Zuwachs (Grafik):

Im Jahr 2024 waren 760.000 mehr Spezialistinnen – also Frauen mit einem Bachelor-, Techniker- oder Meisterabschluss – beschäftigt als 2014, was einem Plus von rund 32 Prozent entspricht.

Bei den Männern betrug der Zuwachs mit 486.000 Spezialisten lediglich gut 21 Prozent. Noch größer ist der Abstand bei den akademisch qualifizierten Experten: Hier fiel der Beschäftigungszuwachs unter Frauen mit 43 Prozent um fast 13 Prozentpunkte höher aus als unter Männern. Bei den Fachkraft- und Helfertätigkeiten war es genau umgekehrt, hier war das Beschäftigungsplus der Männer größer als das der Frauen.

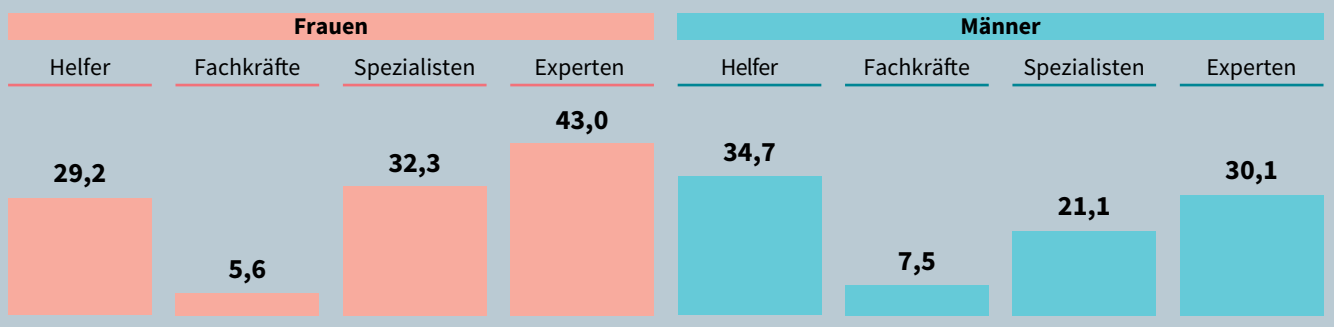
Und in welchen Berufen arbeiten die neuen weiblichen Beschäftigten? Besonders große absolute Zuwächse zwischen 2014 und 2024 verzeichneten frauentypische Engpassberufe in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik oder in der Gesundheits- und Krankenpflege. Eine Berufsgattung toppte alle anderen mit weitem Abstand (Grafik Seite 7):

In der Kinderbetreuung und -erziehung heuerten innerhalb von zehn Jahren mehr als 210.000 Spezialistinnen sowie weitere knapp 49.000 Helferinnen zusätzlich an.

Die größte relative Veränderung gab es mit einem Plus von 226 Prozent in den Helferberufen der Heilerziehungspflege und Sonderpädagogik. Auch die Beschäftigung von Expertinnen in der Unterneh-

Beschäftigungszuwachs: Frauen punkten in höher qualifizierten Jobs

Um so viel Prozent nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland zwischen 2014 und 2024 zu



Anforderungsniveau der Stellen: Helfer: ohne berufsqualifizierenden Abschluss; Fachkraft: mit abgeschlossener Berufsausbildung; Spezialist: mit Bachelor- oder Fortbildungsabschluss wie Meister oder Techniker; Experte: mit mindestens Master- oder Diplomabschluss

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2026 IW Medien / iwd

iwd

mensberatung (plus 203 Prozent) sowie von Helferinnen im Gastronomieservice (plus 201 Prozent) legte deutlich zu.

Insgesamt gingen im Jahr 2024 annähernd 42 Prozent aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Deutschland einem Beruf nach, in dem ein Engpass bestand.

Obwohl in den vergangenen Jahren deutlich mehr Frauen ins Erwerbsleben eingestiegen sind, gibt es weiterhin viel weibliches Potenzial in Deutschland für den Arbeitsmarkt. So arbeitet etwa die Hälfte der Frauen in Teilzeit, bei den Männern beträgt die Teilzeitquote gerade einmal 13 Prozent. Zudem gehen Frauen häufiger als Männer einer geringfügigen Beschäftigung nach. Und Frauen arbeiten häufiger als Männer unterhalb ihres formalen Qualifikationsniveaus:

Zuletzt suchten fast 45 Prozent der arbeitslosen Frauen mit einer betrieblichen oder schulischen Ausbildung sowie rund 40 Prozent derjenigen mit einem Studienabschluss nach einer Tätigkeit, für die sie formal überqualifiziert waren.

Bei Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist dieses Verhalten noch deutlicher ausgeprägt: Knapp sechs von zehn arbeitslosen nicht deutschen Frauen mit akademischer Ausbildung suchen einen Job unterhalb ihres formalen Qualifikationsniveaus, oftmals sogar nur eine Helfertätigkeit.

Um Talente nicht zu vergeuden, sollten Unternehmen nach den Gründen fragen, wenn sich eine Bewerberin um eine Stelle unterhalb ihres Ausbildungsniveaus bemüht – und mithilfe von Probearbeiten im Betrieb, Weiterbildungen und gegebenenfalls auch berufsbegleitenden Sprachkursen dafür sorgen, dass sie adäquat eingesetzt werden kann.

Berufe mit dem größten Plus an Frauen

Veränderung der Zahl der weiblichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2024 gegenüber 2014 in Berufen mit dem größten absoluten Zuwachs an Frauen

■ Veränderung in Prozent

	Berufsgattung		
Helfer	Gastronomieservice	104.418	201,1
	Altenpflege	76.479	42,5
	Heilerziehungspflege und Sonderpädagogik	69.280	226,0
	Reinigung	61.358	12,5
	Kinderbetreuung und -erziehung	48.716	85,9
Fachkräfte	Öffentliche Verwaltung	75.038	27,3
	Hauswirtschaft	69.954	112,7
	Medizinische Fachangestellte	55.992	17,6
	Gesundheits- und Krankenpflege	46.370	9,2
	Haus- und Familienpflege	40.901	151,7
Spezialisten	Kinderbetreuung und -erziehung	210.115	36,7
	Aufsicht und Führung – Unternehmensorganisation und -strategie	48.540	81,2
	Werbung und Marketing	45.407	118,1
	Vertrieb (außer Informations- und Kommunikationstechnologien)	29.047	55,1
	Heilerziehungspflege und Sonderpädagogik	24.788	126,6
Experten	Sozialarbeit und Sozialpädagogik	48.186	25,6
	Hochschullehre und -forschung	40.494	52,0
	Unternehmensberatung	31.694	203,2
	Ärzte/Ärztinnen	29.979	46,1
	Erziehungswissenschaft	28.570	111,5

Anforderungsniveau der Stellen: Helfer: ohne berufsqualifizierenden Abschluss;
Fachkraft: mit abgeschlossener Berufsausbildung;
Spezialist: mit Bachelor- oder Fortbildungsabschluss wie Meister oder Techniker;
Experte: mit mindestens Master- oder Diplomabschluss

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

Außerdem täten die Unternehmen gut daran, ihren Beschäftigten vermehrt Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie flexible Arbeitszeiten, Homeoffice oder Unterstützung bei der Kinderbetreuung zu unterbreiten und diese Angebote deutlicher nach außen zu kommunizieren. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung erhalten lediglich gut 16 Prozent der Stellenanzeigen konkrete Hinweise auf Familienfreundlichkeit.

Wichtig dabei ist, dass Vereinbarkeitsthemen nicht nur für Frauen relevant sind, denn auch viele Väter wünschen sich flexiblere Arbeitszeiten, mehr Homeoffice oder die Möglichkeit, (zeitweise) beruflich etwas kürzerzutreten.

KOFA-Studie 1/2026
Lydia Malin, Anika Jansen, Regina Flake, Chiara Döring: Engpassanalyse – Frauen als Schlüssel zur Fachkräftesicherung

Europa stabilisiert

Exporte. *Die deutschen Warenausfuhren sind in jüngster Zeit nur noch leicht gewachsen. Dies lag im Wesentlichen daran, dass die Lieferungen in die USA und nach China 2025 stark rückläufig waren. Stabilisierende Zuwächse gab es dagegen vornehmlich im Handel mit anderen europäischen Staaten.*

Die deutschen Exporteure haben seit einiger Zeit auf vielen Märkten einen schweren Stand. Das liegt zum einen an Problemen im eigenen Land: Die überbordende Bürokratie, eine bröckelnde bis marode Infrastruktur sowie hohe Steuern, Arbeitskosten und Energiepreise verringern maßgeblich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Zum anderen macht das Verhalten zweier großer Handelsmächte den exportorientierten deutschen Unternehmen zu schaffen. Da ist China, das seine Währung bewusst unterbewertet und viele Firmen oder Branchen so stark subventioniert, dass von einem fairen Wettbewerb mit dem Ausland nicht mehr die Rede sein kann. Und die USA haben unter Präsident Donald Trump einen aggressiven zollpolitischen Kurs eingeschlagen, der den Zutritt zum amerikanischen Markt erschwert. Zudem führt die Wankelmütigkeit Trumps zu großer Verunsicherung.

All dies schlägt sich in den Exportdaten Deutschlands nieder, wie neue IW-Untersuchungen zeigen (Grafik):

Der Wert der deutschen Warenausfuhren in die USA lag im ersten bis dritten Quartal 2025 um fast 8 Prozent unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums, die Exporte nach China schrumpften sogar um mehr als 12 Prozent.

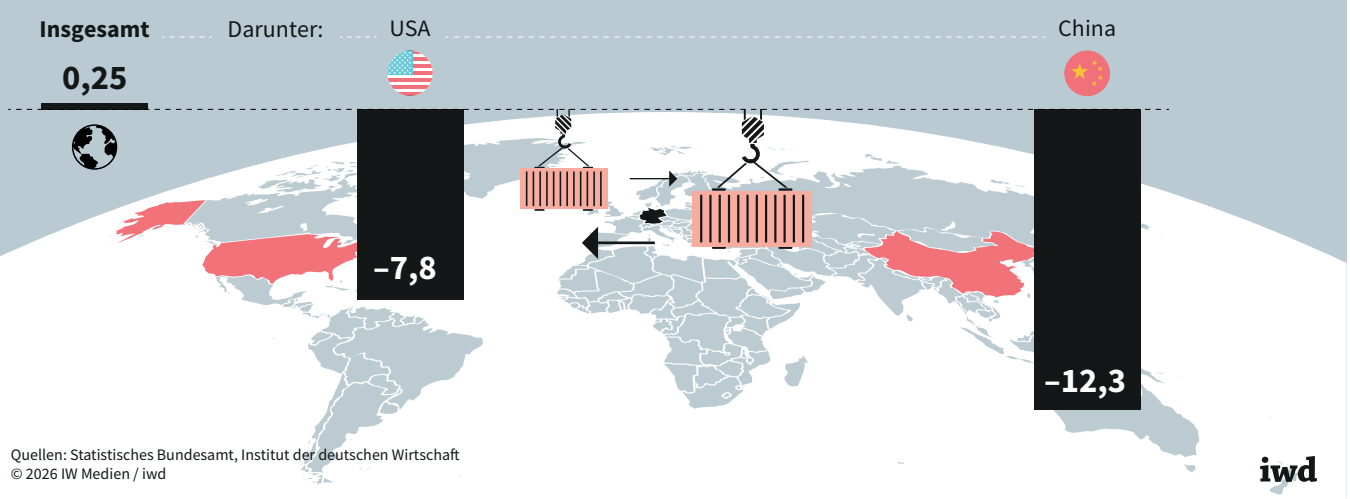
Im Handel mit der Volksrepublik setzte sich damit der Abwärtstrend der Jahre nach 2022 fort. Inzwischen ist China nur noch der sechstwichtigste Exportpartner Deutschlands.

Die USA sind zwar nach wie vor der größte Kunde für deutsche Industriegüter – nicht zuletzt, weil das Geschäft mit den Vereinigten Staaten in den Jahren der Präsidentschaft von Joe Biden kräftig expandierte. Dennoch trifft die zunehmend protektionistische Politik der USA, die vor allem auf höhere Zölle für bestimmte Produkte setzt, einige Industriebranchen hart.

So unterlagen die deutschen Exporte von Kraftwagen und Kraftwagenteilen von April 2025 bis zur

Deutsche Exporte: Zwei Länder verhageln die Bilanz

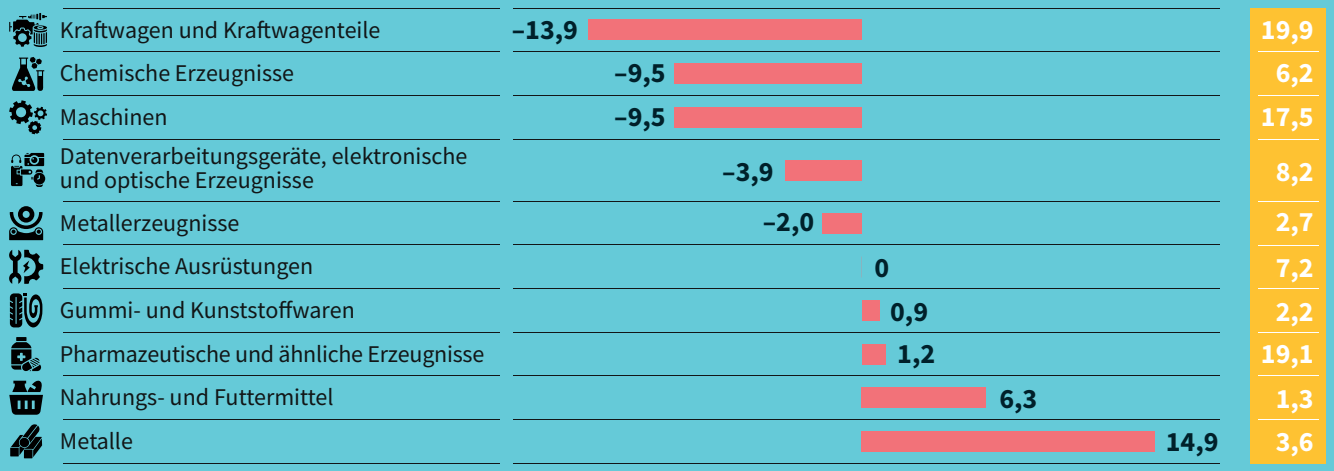
Veränderung der Warenausfuhren aus Deutschland im ersten bis dritten Quartal 2025 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

Exporte in die USA: Autobranche am stärksten gebeutelt

Veränderung der deutschen Ausfuhren dieser Industriebranchen in die USA im ersten bis dritten Quartal 2025 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Prozent



Ausfuhranteile: Rest zu 100 unter anderem sonstige Fahrzeuge, sonstige Waren

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

Zolleinigung zwischen der EU und den USA im Sommer besonders hohen Zusatzabgaben von 25 Prozentpunkten. Dies hat das US-Geschäft der hiesigen Hersteller ausgebremst (Grafik):

Über die ersten drei Quartale des Jahres 2025 hinweg unterschritten die deutschen Autoausfuhren in die Vereinigten Staaten den Wert des gleichen Vorjahreszeitraums um fast 14 Prozent.

Angesichts der Tatsache, dass die Kfz-Branche rund ein Fünftel des gesamten Exports in die USA ausmacht, hat dieses Minus die deutsche Exportbilanz im US-Geschäft maßgeblich geprägt.

Auch der Rückgang der Ausfuhren von Maschinen in die Vereinigten Staaten um nahezu 10 Prozent im genannten Zeitraum lässt sich im Wesentlichen durch die US-Zollmaßnahmen erklären. Denn im Rahmen der sogenannten Section 232 des US Trade Expansion Act wurden zuletzt hohe Zölle auch auf Einfuhren wichtiger Produkte aus weiterverarbeitetem Stahl und Aluminium verhängt, die vermeintlich die Sicherheit der USA gefährden.

Am anderen Ende des Branchen-Rankings fällt der jüngste Anstieg bei den Exporten von Metallen in die USA auf. Hier dürften allerdings Vorzieheffekte eine Rolle spielen – um befürchteten Zollerhöhungen zuvorzukommen, wickelten manche Unternehmen ihre Exportgeschäfte 2025 offenbar beschleunigt ab beziehungsweise bauten an Produktionsstätten in den USA vermehrt Lagerkapazitäten auf.

Angesichts der starken Einbußen im Geschäft mit den USA und China ist die insgesamt leicht positive deutsche Exportbilanz bemerkenswert:

Unterm Strich übertrafen die deutschen Warenexporte in den ersten drei Quartalen 2025 das Vorjahresniveau um 0,25 Prozent.

Wie dieses Plus zustande gekommen ist, hat das IW näher analysiert. Da die prozentualen Veränderungsraten nur bedingt aussagekräftig sind, weil sie die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Länder für den deutschen Außenhandel nicht erfassen, hat das IW berechnet, welchen negativen oder positiven Beitrag die Länder zuletzt zum gesamten deutschen Exportwachstum geleistet haben (Grafik Seite 10):

Die USA und China haben mit insgesamt 1,55 Prozentpunkten im vergangenen Jahr das deutsche Exportgeschehen am stärksten negativ beeinflusst.

Mit Mexiko und Kanada hatten noch zwei weitere Länder auf dem nordamerikanischen Kontinent einen negativen Effekt auf die deutschen Warenausfuhren.

Auffällig ist darüber hinaus, dass die Exporte in zahlreiche wichtige Länder der asiatisch-pazifischen Region zuletzt rückläufig waren, etwa nach Südkorea, Singapur oder Australien. Hier könnte wiederum das Verhalten Chinas eine Ursache sein – weil chinesische Unternehmen

Fortsetzung

aufgrund der deutlich höheren US-Zölle ihre Waren teils nicht mehr in die USA exportieren können, weichen sie verstärkt auch auf Märkte in Asien und Ozeanien aus.

Den Gegenpol zu diesen negativen Trends setzte zuletzt vornehmlich Europa. Zwar legten die deutschen Exporte in die meisten europäischen Länder prozentual nur einstellig zu, aufgrund der großen Bedeutung dieser Handelspartner waren die kumulierten Wachstumsbeiträge jedoch groß:

Allein die im ersten bis dritten Quartal 2025 gestiegenen Warenausfuhren nach Polen, Spanien und in die Schweiz steuerten insgesamt fast 1 Prozentpunkt zum deutschen Exportwachstum bei.

Und die Zuwächse in sieben Länder Europas reichten nahezu aus, um den negativen Beitrag der USA und Chinas wettzumachen.

Insgesamt stand am Ende aber eben nur ein geringes Wachstum der nominalen deutschen Warenexporte zu Buche. In realer Rechnung verringerten sich die Warenausfuhren im ersten bis dritten Quartal 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum sogar um 1,4 Prozent.

Um die deutsche Exportperformance zu verbessern, muss die Politik handeln – passend zur jeweiligen Zielregion:

USA. Die EU muss darauf drängen, dass die USA die für die hiesige Wirtschaft fatalen Zölle im Stahl- und Aluminiumsegment senkt. Das wird allerdings dadurch erschwert, dass Trump immer wieder mit neuen Zöllen droht – wie jüngst im Streit um Grönland – und somit den Handelskonflikt anheizt.

China. Da die Volksrepublik von sich aus kaum ihren wettbewerbsverzerrenden Kurs aufgeben wird, sollte die EU ihrerseits verstärkt zu Handelsschutzinstrumenten wie Ausgleichszöllen greifen, um wieder eine Konkurrenz auf Augenhöhe zu ermöglichen.

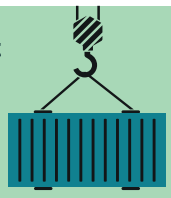
Asien und Lateinamerika. Um europäische Exporte in diese Regionen besser vor chinesischen Wettbewerbsverzerrungen zu schützen, sollte die EU stärker mit den dortigen Ländern kooperieren und neue Freihandelsverträge anstreben. Das Abkommen mit den Mercosurstaaten ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung (siehe Seiten 2–4). Daher ist alles dafür zu tun, dass das Abkommen schnell in Kraft treten kann.

Europa. Im Handel mit den europäischen Partnerländern schlummern weitere Potenziale. Um diese zu nutzen, gilt es zum einen, nach wie vor bestehende Barrieren im EU-Binnenmarkt abzubauen, etwa im Dienstleistungshandel. Zum anderen sollte die EU auf weitere Liberalisierungen im Handel mit wichtigen Drittstaaten wie dem Vereinigten Königreich oder der Schweiz abzielen.

Darüber hinaus muss die Bundesregierung mit Reformen wie einem Bürokratieabbau und niedrigeren Unternehmensteuersätzen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland stärken.

Deutsche Warenexporte: Von Europa gestützt

Zum gesamten Wachstum der deutschen Warenausfuhren im ersten bis dritten Quartal 2025 von 0,25 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum leisteten diese Länder einen positiven bzw. negativen Beitrag von so viel Prozentpunkten



Veränderung der deutschen Warenausfuhren in Prozent

Polen	0,35	5,8
Schweiz	0,32	7,3
Spanien	0,28	8,1
Niederlande	0,16	2,3
Österreich	0,15	3,1
Italien	0,14	2,6
Tschechien	0,12	3,6
Bahamas	0,12	4.582,0
Vereinigte Arabische Emirate	0,10	17,2
Türkei	0,09	5,3
…		
Belgien	–0,05	–1,2
Australien	–0,06	–8,8
Singapur	–0,07	–15,0
Kaimaninseln	–0,08	–88,0
Belarus	–0,08	–68,9
Südkorea	–0,12	–9,3
Ungarn	–0,14	–6,4
Mexiko	–0,16	–13,8
China	–0,74	–12,3
USA	–0,81	–7,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

IW-Report 68/2025
Jürgen Matthes: Entwicklung der deutschen Exporte im Jahr 2025 nach Ländern

IW-Report 67/2025
Samina Sultan: US-Zölle – Wie stark leiden die deutschen Branchenexporte?

Hilfe bei der Arbeitssuche

Arbeitsmarkt. *Wie erfolgreich Jobcenter Menschen in Arbeit vermitteln, hängt auch von ihrer Trägerschaft ab, wie eine IW-Auswertung zeigt. Dort, wo Arbeitsagenturen und Kommunen zusammenarbeiten, gelingt der Schritt in reguläre Beschäftigung häufiger.*

Mit der Hartz-IV-Einführung im Jahr 2005 wurde die Trägerschaft der Jobcenter in Deutschland neu geregelt: Seitdem betreiben die jeweils zuständige Agentur für Arbeit und die Kommunen die meisten der 404 Jobcenter gemeinsam, rund ein Viertel verantworten aber die Kommunen allein.

Um den Erfolg der beiden Formen zu messen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft die jeweiligen Integrationsquoten ermittelt. Sie zeigen das Verhältnis von durch Jobcenter in Arbeit vermittelten Menschen zu arbeitslosen Leistungsbeziehern. Das Ergebnis: Im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2024 lag die Integrationsquote in gemeinsam betriebenen Einrichtungen bei gut 24 Prozent. Damit war sie rund 4 Prozentpunkte höher als in rein kommunal getragenen. Am besten gelang die Integration in den Arbeitsmarkt den Jobcentern zweier kreisfreier bayerischer Städte (Grafik):

In Ansbach und Memmingen lag die durchschnittliche Integrationsquote der jeweiligen Jobcenter bei rund 39 Prozent.

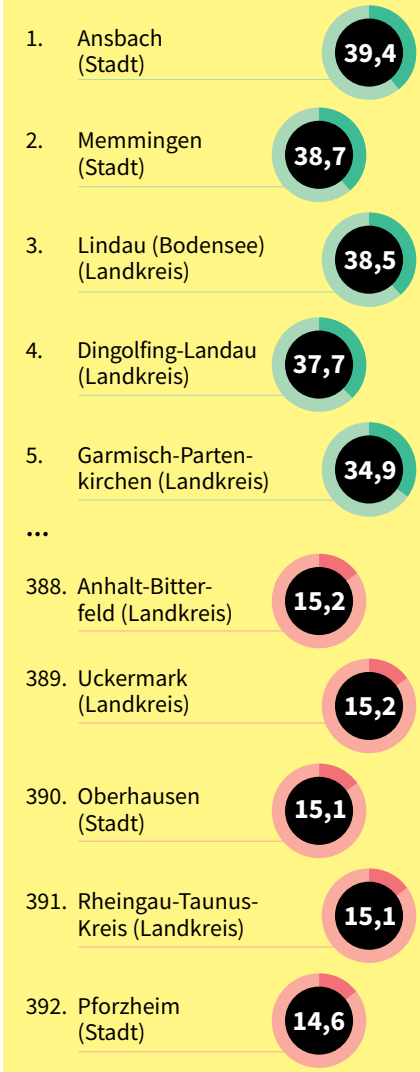
Anders ausgedrückt: Etwa vier von zehn dort als arbeitslos gemeldeten Leistungsbeziehern nahmen in diesem Zeitraum eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf. Am unteren Ende des Rankings stehen Oberhausen, der Rheingau-Taunus-Kreis sowie Pforzheim, wo jeweils nur 15 Prozent der arbeitslosen Leistungsbezieher einen Job fanden.

Bei der Interpretation der Zahlen ist allerdings zu beachten, dass die Arbeit der Jobcenter stark von ihrem regionalen Umfeld und der Situation auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt bestimmt ist – zum Beispiel unterscheiden sich die Zahl der jährlich neu ausgeschriebenen Stellen oder die Arbeitslosenquote je nach Region. Berücksichtigt man diese diversen Arbeitsmarktindikatoren, liegen die gemeinsam betriebenen Einrichtungen zwar immer noch vorne, ihr Vorsprung halbiert sich aber auf 2 Prozentpunkte.

Hinsichtlich einer effektiveren Vermittlung nahm die Politik zuletzt nur die gemeinsam getragenen Einrichtungen in den Blick. Die rein kommunalen sollte sie aber ebenso in den Prozess einbinden. Helfen könnte dabei ein detaillierter Leistungsvergleich aller Jobcenter, der offenlegt, welche organisatorischen Strukturen und Vermittlungsstrategien besonders erfolgreich sind.

Jobcenter: Wie gut die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt

So viel Prozent der erwerbsfähigen Arbeitslosen, die in diesen Jobcentern gemeldet waren, nahmen im Schnitt der Jahre 2020, 2021, 2023 und 2024 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf



2022: aufgrund des starken Zuzugs von Ukrainern nicht mit anderen Jahren vergleichbar

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

IW-Kurzbericht 105/2025
Stefanie Seele, Holger Schäfer: Grundsicherung – Kommunale Jobcenter integrieren seltener in Arbeit

Pfeiler des Gesundheitswesens

Zuwanderung. *Vom Krankenpfleger bis zum Rettungssanitäter – ausländische Fachkräfte lindern den Personalmangel im deutschen Gesundheitswesen. Sie sind ein zentraler Faktor dafür, dass Pflege und medizinische Versorgung in Deutschland gewährleistet sind.*

Wie bedeutsam ein funktionierendes Gesundheitssystem ist, hat die Coronapandemie allen vor Augen geführt. Und gerade in einer alternden Gesellschaft wie der deutschen ist es wichtig, dass Krankenhäuser, Altenheime und Pflegeeinrichtungen ihren Betrieb aufrechterhalten können. Dafür braucht es in erster Linie Arbeitskräfte. Doch die fehlen hierzulande schon seit Längerem – die Bundesrepublik ist deshalb auf

Ausländische Beschäftigte fürs Gesundheitswesen unverzichtbar

So viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus dem Ausland arbeiteten 2025 in Deutschland in medizinischen Gesundheitsberufen

		Zunahme seit 2015 in Prozent	Anteil an allen Beschäftigten in diesem Bereich in Prozent
Insgesamt	**526.200**	213 ↗	14,7
davon:			
Fachkräfte in der Gesundheits- und Krankenpflege, dem Rettungsdienst und der Geburtshilfe	204.700	288 ↗	16,4
Altenpfleger	143.100	238 ↗	22,1
Arzt- und Praxishilfen	72.400	156 ↗	10,3
Human- und Zahnmediziner	60.900	117 ↗	18,1
Sonstige Berufe	45.100	169 ↗	7,1

Stand: jeweils März; sonstige Berufe: zum Beispiel Tiermedizin, Psychologie oder Pharmazie
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.

Da ist es eine gute Nachricht, dass sich die Zahl der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in medizinischen Gesundheitsberufen hierzulande seit 2015 auf gut 526.000 Menschen mehr als verdreifacht hat. Der Großteil davon ist in Krankenhäusern und Kliniken angestellt (Grafik):

Rund 205.000 Beschäftigte aus dem Ausland arbeiteten im März 2025 in der Gesundheits- und Krankenpflege, dem Rettungsdienst und der Geburtshilfe.

Diese Berufsgattung verzeichnete in den vergangenen zehn Jahren mit einem Plus von 288 Prozent auch den stärksten Zuwachs an ausländischem Fachpersonal. Zum Vergleich: Die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsbürgerschaft in diesem Bereich nahm im selben Zeitraum nur um 10 Prozent zu. Der Ausländeranteil in dieser Berufsgattung stieg dadurch von 5,3 auf 16,4 Prozent. Ähnliches gilt für die Altenpflege, wo mittlerweile fast ein Viertel der Beschäftigten zugewandert ist. Und dann wären da noch die nach Angaben der Bundesärztekammer schätzungsweise 7.000 hier niedergelassenen Ärzte aus dem Ausland, die aufgrund ihrer Selbstständigkeit gar nicht in den Daten zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung erfasst sind.

Die Zuwanderung aus dem Ausland schließt in Deutschland also einige Personallücken. Trotzdem fehlen im deutschen Gesundheitswesen massenhaft Fachkräfte: Im Schnitt des Jahres 2024 war die Fachkräftelücke hier mit mehr als 46.000 nicht besetzbaren offenen Stellen über alle Branchen hinweg am größten (siehe iwd 23/2025). Allein 16 Prozent der freien Posten davon vereinten die Gesundheits- und Krankenpfleger auf sich.

„Zwei Drittel stammen aus Drittstaaten“

Foto: IW Medien

Interview. ***Wido Geis-Thöne*** *ist Senior Economist für Familienpolitik und Migrationsfragen im Institut der deutschen Wirtschaft.*

Aus welchen Ländern kommen die ausländischen Beschäftigten im Gesundheitswesen?

Rund zwei Drittel der Zugewanderten stammen aus Drittstaaten, nur ein Drittel kommt aus der EU. Menschen von den Philippinen haben hierzulande anteilig gesehen besonders oft einen Job im medizinischen und pflegerischen Bereich. Und unter den Ärzten gibt es viele Syrer.

Die Daten zur Fachkräftelücke im Gesundheitswesen beziehen sich meist auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Wie sieht es im freiberuflichen Bereich aus?

Dort fehlen ebenfalls dringend benötigte Fachkräfte. So haben wir bei den niedergelassenen Haus- und Fachärzten vielerorts zunehmende Versorgungslücken, auch bei weiteren freiberuflich tätigen Berufsgruppen wie den Hebammen ist die Lage schwierig. Diese Positionen werden allerdings nicht von Arbeitgebern als offene Stellen ausgeschrieben, sodass sie bei der Berechnung von Fachkräftelücken in der Regel nicht berücksichtigt werden.

Was kann die Bundesrepublik konkret tun, um noch mehr ausländische Fachkräfte für den medizinischen Bereich zu gewinnen?

Das ist ein sensibles Thema. Da die Herkunftsländer oft selbst zu wenig Personal im Gesundheitswesen haben, kommt die gezielte Anwerbung von fertig ausgebildeten Fachkräften für den deutschen Arbeitsmarkt aus ethischer Sicht häufig kaum infrage. Daher sind Initiativen wie das Programm „Triple Win“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und der Bundesagentur für Arbeit wichtig, bei dem Deutschland zunächst die Ausbildung von Pflegekräften im Ausland unterstützt und diesen anschließend die Einwanderung sehr einfach macht.

Deswegen sollte sich die Bundesrepublik weiterhin intensiv darum bemühen, Fachpersonal aus dem Ausland anzuwerben oder auszubilden sowie die Anerkennung beruflicher Qualifikationen weiter zu vereinfachen. Generell geht es zudem darum, ein Klima zu schaffen, in dem sich Zuwanderer willkommen fühlen – eine Aufgabe für Politik, Unternehmen und Gesellschaft gleichermaßen.

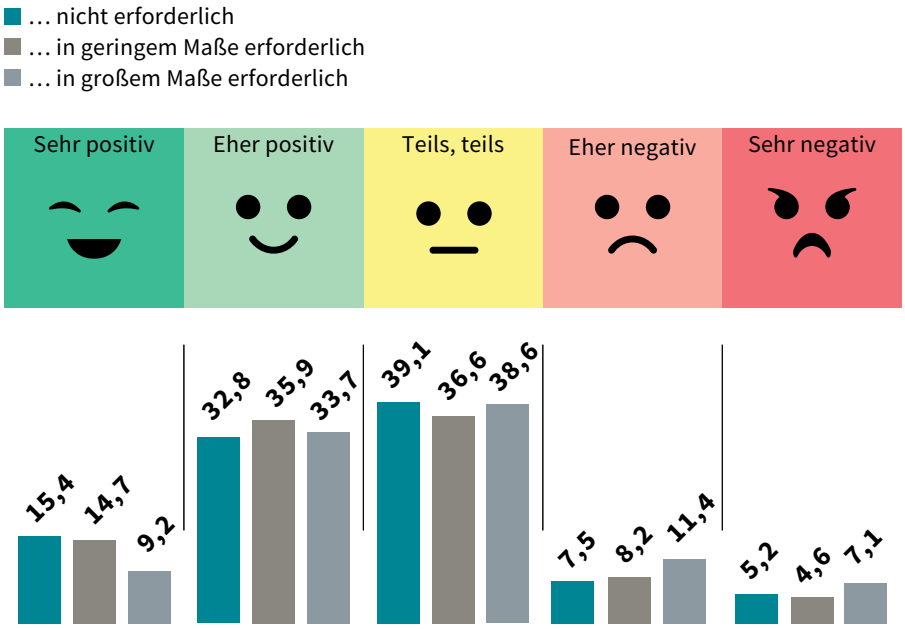
Offen für die Transformation

Gesellschaft. *Den klimaneutralen Umbau der Industrie in Deutschland befürwortet eine große Mehrheit der Bundesbürger, wie eine IW-Studie zeigt. Selbst wenn Maßnahmen im direkten Wohnumfeld erforderlich sind, bleibt die Zustimmung hoch.*

Klimaneutral bis 2045 – Deutschland ist dabei, seine Industrie komplett umzustellen. Für die Abkehr von fossilen Energieträgern braucht es zahlreiche Maßnahmen. Im Wesentlichen geht es dabei um eine verbesserte Energieinfrastruktur. Dazu gehört der Bau neuer Solarparks und Windkraftanlagen, aber auch der Ausbau von Stromtrassen, Wasserstoff- und CO_2-Netzen ist ein essenzieller Teil des Pakets.

Große Mehrheit offen für klimaneutralen Industrieumbau

So viel Prozent der Bundesbürger in Regionen, in denen die industrielle Transformation … ist, stehen künftigen Veränderungen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld so gegenüber



Veränderungen im unmittelbaren Wohnumfeld: zum Beispiel geplante Windkraftanlagen, Solarparks oder Umbau bestehender Industriestandorte
Befragung von 2.159 Personen im Oktober und November 2024
Quelle: Bilendi & respondi
© 2026 IW Medien / iwd

Ebenso ist es eine wichtige Aufgabe, bestehende Industrieanlagen anzupassen oder umzubauen beziehungsweise zu ersetzen. Und all das muss politisch begleitet werden, damit die Bürger den Weg mitgehen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat nun sowohl ermittelt, wo in Deutschland in Zukunft weitere Infrastruktur für die industrielle Transformation benötigt wird, als auch die Akzeptanz des Wandels seitens der Bevölkerung abgefragt. Zunächst haben die Forscher einen Transformationsinfrastrukturindex entwickelt, um die anstehenden Veränderungen zu erfassen. Er berücksichtigt über die notwendigen Umbauten an Industriestandorten hinaus die infrastrukturellen Bedingungen der Dekarbonisierung. Ein erstes Ergebnis:

Im unmittelbaren Wohnumfeld werden in den kommenden Jahren für weniger als 55 Prozent der Bundesbürger in knapp der Hälfte der 8.170 Postleitzahlengebiete in Deutschland Veränderungen sichtbar.

Während manche Gebiete in Deutschland gar nichts oder wenig mit der Transformation zu tun haben werden, stehen dicht besiedelte Industriestandorte an Rhein, Ruhr

und Main vor größeren Veränderungen. Vor allem da, wo künftig Wasserstoff als Energieträger genutzt oder Kohlenstoffdioxid aufgefangen werden soll, sind umfangreiche Arbeiten nötig, um zum einen die nötige Leitungsinfrastruktur zu schaffen und zum anderen die Anlagen entsprechend umzurüsten.

Die industrielle Transformation braucht allerdings nicht nur tatkräftiges Anpacken, sondern auch die Akzeptanz der Bundesbürger. Und diese ist selbst dann hoch, wenn große Veränderungen vor ihrer Haustür anstehen, wie eine IW-Befragung zeigt (Grafik Seite 14):

In Wohnumfeldern, in denen neue Infrastrukturen für die industrielle Transformation benötigt werden, stehen fast 43 Prozent der Bürger den Veränderungen sehr oder eher positiv gegenüber. Nur knapp 19 Prozent haben eine negative Einstellung.

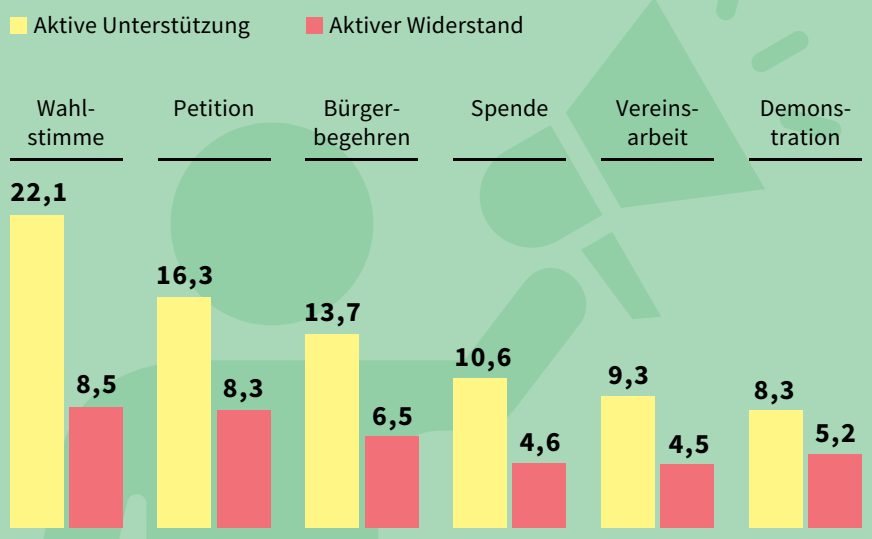
Je geringer die nötige Transformation ausfällt, desto höher ist die Zustimmungs- beziehungsweise niedriger die Ablehnungsrate in der Bevölkerung.

Neben der reinen Meinung zum industriellen Wandel können sich die Bürger auch in unterschiedlicher Weise aktiv einbringen. Auch hier haben die Befürworter die Oberhand (Grafik):

Gut 22 Prozent der Bundesbürger geben an, mit ihrem Wahlverhalten den energetischen Umbau der Wirtschaft unterstützt zu haben, knapp 9 Prozent haben mit ihrer Stimme bewusst Widerstand leisten wollen.

Lokale Transformation: Mehr Unterstützer als Gegner

So viel Prozent der Bundesbürger engagieren sich so im Zuge der Transformation, etwa im Hinblick auf den Bau von Solarparks und Windkraftanlagen



Befragung von 2.159 Personen im Oktober und November 2024

Quelle: Bilendi & respondi

© 2026 IW Medien / iwd

Für andere Aktivitäten sieht das Bild ähnlich aus. Petitionen und Bürgerbegehren für den Wandel haben doppelt so viele Unterstützer wie jene, die sich den Transformationsvorhaben entgegenstellen.

Die IW-Untersuchung zeigt auch: Wissen um das Ausmaß der anstehenden Veränderungen ist für viele Menschen vor Ort sehr wichtig. Derzeit fühlen sich breite Teile der Bevölkerung unzureichend darüber informiert. Zudem sind sich knapp 70 Prozent der Menschen aus Regionen, in denen größere Umbrüche anstehen, dessen nicht bewusst. Größere Transparenz, so verdeutlicht die Befragung, führt zu höherer Akzeptanz.

Für die Entscheider vor Ort ist das ein klarer Auftrag: Sie sollten frühzeitig den Dialog mit den Bürgern suchen und Formate anbieten, in denen sich die Menschen in den Transformationsprozess einbringen können. Außerdem gilt es, herauszufinden, mit welchen Argumenten und Maßnahmen die bislang Unentschiedenen von den Vorteilen und der Notwendigkeit der industriellen Transformation überzeugt werden können.

IW-Policy Paper 1/2026
Matthias Diermeier, Konrad Doliesen, Armin Mertens, Jan Wendt: Transparente Kommunikation stärkt lokale Transformationsakzeptanz

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland **Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

eco zoom natureOffice.com/DE-077-661530 · CO2-emissions compensated · GOGREEN Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

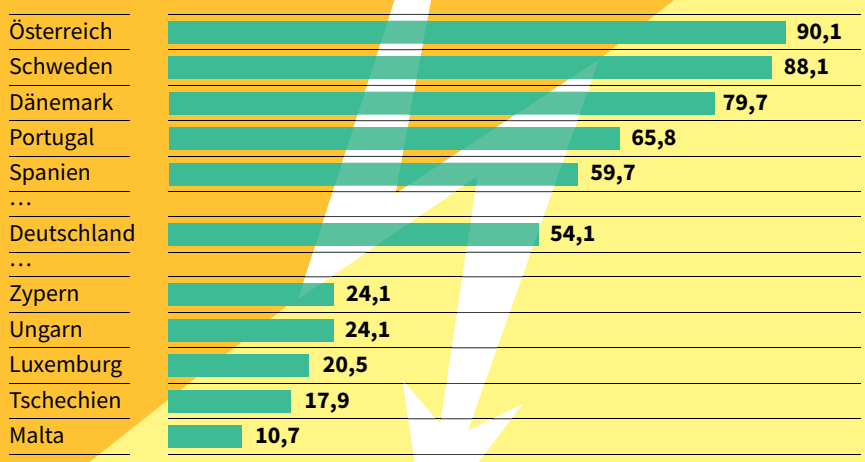
INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Top-Liste: Strom wird grüner

Im Jahr 2024 stammten fast 48 Prozent des in den EU-Staaten insgesamt verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. 20 Jahre zuvor waren es erst rund 16 Prozent, 2014 knapp 29 Prozent. Mit 38 Prozent steuerte die Windkraft zuletzt die meiste Energie zum grünen Strom bei, 26 Prozent entfielen auf die Wasserkraft, 23 Prozent auf Solarenergie. EU-weit wies Österreich 2024 mit gut 90 Prozent den höchsten Anteil erneuerbarer Energien am verbrauchten Strom auf – wobei unsere alpenländischen Nachbarn vornehmlich auf Wasserkraft setzen. Ähnlich hoch war der Anteil grünen Stroms in Schweden – dort kommt die Energie ebenfalls meist aus Wasser-, aber auch aus Windkraftanlagen. Deutschland rangierte zuletzt mit 54 Prozent grünem Strom auf Rang neun, am wenigsten trugen erneuerbare Energien in Malta (knapp 11 Prozent) zum Stromkonsum bei.

EU-Staaten: Wo der meiste grüne Strom fließt

So viel Prozent des im Jahr 2024 verbrauchten Stroms stammten aus erneuerbaren Quellen



Erneuerbare Energien: vor allem Windkraft, Wasserkraft, Solarenergie und Biomasse
Quelle: Eurostat
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Zahl der Woche

11,7 Millionen

Menschen waren im Jahr 2024 in einem Fitnessstudio in Deutschland angemeldet – ein Zuwachs von rund 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr und zugleich Rekordwert. Mit rund 7,1 Millionen Personen gingen die meisten in die Studios einer der Unternehmensketten. 4,1 Millionen waren in eigenständigen Fitnesscentern angemeldet, der Rest besuchte Nischenangebote mit Fokus auf speziellen Methoden wie dem Training mit elektrischer Muskelstimulation (EMS) statt eines breiten Allgemeinangebots.
Getragen von den Mehreinnahmen durch die Mitgliedsbeiträge lag auch der Gesamtumsatz der deutschen Fitnessbranche 2024 mit 5,8 Milliarden Euro auf einem Rekordhoch – im Jahr zuvor waren es noch 7 Prozent weniger. Weltweit erwirtschaftete nur die Fitnessbranche in den USA höhere Erlöse.
Übrigens vereint hierzulande kein anderes Sportangebot mit verpflichtender Mitgliedschaft so viele Menschen auf sich wie die Fitnessstudios. Auf Platz zwei lagen 2024 die Fußballklubs mit knapp 8 Millionen eingetragenen Mitgliedschaften, gefolgt von den Turnvereinen mit rund 5,3 Millionen.